

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 138 vom 18.6.2020

© Rhein-Neckar-Zeitung

Eine neue Wohnungspolitik für Heidelberg?

Einwohnerantrag erreicht Quorum – Gemeinderat muss Forderung behandeln – Auswirkung auf PHV?

rie. Der Moment passt gut: Kurz vor der wichtigen Gemeinderatssitzung heute Nachmittag meldet Christoph Nestor vom Mieterverein Heidelberg: „Wir haben das Quorum für unseren Einwohnerantrag zur Wohnungspolitik erreicht.“ Über 2000 Heidelbergerinnen und Heidelberger haben das Dokument unterschrieben, das die Wohnungspolitik in Heidelberg nachhaltig verändern soll. Damit muss der Gemeinderat den Antrag auf jeden Fall behandeln.

Der Einwohnerantrag fordert einen Grundsatzbeschluss zur Wohnungspolitik: Künftig sollen vorrangig gemeinwohl- statt profitorientierte Bauträger bei der Entwicklung neuer Wohngebiete zum Zuge kommen. Zudem soll die städtische Wohnungsbaugesellschaft GGH finanziell besser ausgestattet werden, damit sie ihren Bestand in den nächsten sechs Jahren um mindestens 4000 geförderte Wohnungen erhöhen kann. Ebenfalls ein wichtiges Anliegen des Antrags: die Region rund um Heidelberg viel stärker in die städtische Wohnungspolitik Heidelbergs einbezie-

hen. Dazu sollen auf regionaler Ebene ein Wohnbauforum sowie ein Wohnbaufonds eingerichtet werden.

Würde der Gemeinderat dem Antrag folgen, hätte das Auswirkungen auf alle wohnungspolitischen Entscheidungen in Heidelberg. Allerdings: Er wurde noch nicht eingereicht, kann also bei der Sitzung heute noch nicht behandelt werden. „Wir sammeln weiter Unterschriften, um den politischen Druck für eine Wende der Wohnungspolitik zu erhöhen“, so Nestor.

Dabei würde der Antrag auch die Entwicklung von Patrick-Henry-Village (PHV) beeinflussen, die in der heutigen Sitzung mit zwei wichtigen Beschlüssen vorangetrieben werden soll: dem „Masterplan“ der Internationalen Bauausstellung (IBA) sowie der Verlagerung des Ankunftsentrums für Geflüchtete (s. Artikel oben). Denn im Einwohnerantrag steht, dass in PHV auf „mindestens 75 Prozent der bebaubaren Flächen“ Wohnungen entstehen sollen. Dabei solle PHV nicht als Heidelberger Stadtteil, sondern als „regionale

Siedlung Kurpfalzshof“ gedacht und gemeinsam mit den Umlandgemeinden entwickelt werden.

Auch auf die Debatte um den Standort des Ankunftsentrums hat der Einwohnerantrag Auswirkungen – findet jedenfalls Nestor: „Wir sind der Meinung, dass durch den Antrag der Handlungsrahmen für die Entwicklung von PHV so erweitert wird, dass es auch möglich ist, ein Ankunftszentrum für Flüchtlinge mitzudenken.“

Dabei beruft sich der Mieterverein in seiner Pressemitteilung ausgerechnet auf IBA-Chef Michael Braum – einen Verfechter der Verlegung des Ankunftsentrums. Braum hatte in einem Gastbeitrag für die RNZ über die Coronakrise geschrieben: „Solidarität gibt den Takt vor. Hierin liegt die Chance des Umbaus der neoliberal verkommenen hin zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft.“ Diese Feststellung Braums, so Nestor, sei auch eine gedankliche Grundlage des Einwohnerantrags.

📄 Info: www.wohnwende-heidelberg.de.